



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Der Jenaer Parteitag der Deutschen Volkspartei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Pfalz — an Umfang doch immer nur etwa den beiden Provinzen Rheinland und Hessen-Nassau gleich; Preußen wäre immer noch um rund 300 000 Quadratkilometer größer!! Mit Bessarabien und der Pfalz wäre das neue Land etwa so groß wie Posen und Westpreußen zusammengenommen. Also für Größenwahn noch kein Grund! Dennoch aber läge die Gefahr nahe, daß eine mächtige Überschätzung der eigenen Bedeutung einsetzte. Und hier gleitet unser Problem in das andere hinüber: ob die Schaffung größerer Staatsverbände in Deutschland überhaupt ratsam ist, oder ob nicht eine allgemeine Aufteilung in etwa gleich große Kulturprovinzen mit Selbstverwaltung — aber ohne Staatshoheit — die beste Lösung wäre, um die alten Übelstände und die dauernden Verstimmungen im Reich zu beseitigen. Schwaben könnte dann als Kulturprovinz ebenso blühen und befruchten, wie als Staat, und mit der durch diese Kulturprovinzen geschaffenen Homogenität der einzelnen Reichsbestandteile wäre der sonst nimmermehr auszugleichende und zu verwischende Uebelstand beseitigt, der sich aus der Verschiedenheit der Größe und Machtmittel Preußens gegenüber den ihm verfassungsgemäß „gleichberechtigten“ kleineren ergibt und der auch in dem neuen Deutschland bei den Ansprüchen dieser kleineren in ihrer Gesamtheit nun einmal nur Schwächung unserer Lebenskraft bedeutet.

Sollte es also zur Bildung eines größeren Schwabens kommen, so wäre damit abermals eine Gelegenheit gegeben, erstlich an die Neugestaltung Deutschlands zu gehen, was durch Kurzsichtigkeit und Eigennutz bisher in Weimar leider vereitelt und hintertrieben worden ist.



Der Jenaer Parteitag der Deutschen Volkspartei

Von Dr. Karl Buchheim



ie Novemberrevolution hat das alte Parteiwesen Deutschlands zwar nicht völlig aufgelöst, aber doch stark erschüttert. Vor allem ist mit dem Bismarckschen Reichsbau auch die „Partei der Reichsgründung“, die Nationalliberale Partei verschwunden. Als die demokratische Sammeltruppe in Berlin geblasen wurde, haben sich viele Nationalliberale der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen und den heterogenen Elementen dieses Lagers, das Dreiviertelssozialisten neben Manchestermännern und den Stimmführern des Börsenliberalismus umfaßt, noch ein neues hinzugefügt. Ein noch größerer Teil der alten Nationalliberalen ist aber zu der ziemlich verspätet gegründeten Deutschen Volkspartei gegangen, die zwischen den größeren Parteien in Weimar und im Preußenparlament ja etwas über zwanzig Sitze errungen hat und außerdem in den Landesvertretungen wenigstens einiger Bundesstaaten kleine Fraktionen hat bilden können. Es ist kein Zweifel, daß die Erfolge dort errungen wurden, wo die alten nationalliberalen Organisationen zur Volkspartei übergegangen sind. Was die Volkspartei augenblicklich hat, verbannt sie größtenteils dem nationalliberalen Erbe. Und so hat dann auch der erste Parteitag, der am 12. und 13. April in Jena stattgefunden hat, deutlich genug betont, daß man sich als Nachfolger der Nationalliberalen fühle. Es lagen sogar Anträge vor, die den alten Namen wieder hergestellt wissen wollten. Aber sie sind mit gutem Grunde abgelehnt worden. Daß trotzdem einige Redner mit einer gewissen Absichtlichkeit ihre nationalliberale Farbe hervorhoben, wird man alten Parteiveteranen nicht allzusehr verdenken. Auch Professor Kahl betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Partei habe nur ein neues Gewand übergezogen; der Geist sei der alte geblieben. Kahl dachte dabei, wie aus seinen Worten hervorging, hauptsächlich an den Geist der Pietät gegen das Kaisertum und den Bismarck-

schen Reichsgedanken, weit weniger an den spezifisch nationalliberalen Parteigeist. Dieser kann nicht erhalten bleiben, sonst müßte die Volkspartei unrettbar in den Sumpf geraten. Denn der nationalliberale Geist hat abgewirtschaftet, so gründlich, daß er nicht wieder kommen kann. Wir können nicht an die abgerissenen, zerzausten Fäden von gestern anknüpfen.

Abgewirtschaftet hat der Geist der nationalliberalen Fraktion des ehemaligen preußischen Dreiklassenlandtags, der gerade vor einem Jahre, am 1. Mai 1918, durch den Mund des Abgeordneten Dr. Lohmann der Angst vor dem gleichen Wahlrecht Ausdruck gab. Diese Leute haben damals den Namen Nationalliberal für unsere heutige nachrevolutionäre Zeit unheilbar kompromittiert, nicht weil es an sich ein Verbrechen wäre, nicht für das gleiche Wahlrecht zu schwärmen, sondern weil es eine böse staatsmännische Blamage ist, ein halbes Jahr vor einer Revolution, deren größtes Übel das gleiche Wahlrecht gewiß nicht ist, die Schrecken dieses Wahlrechts derart an die Wand zu malen. Ach hätten wir doch weiter keine Schrecken erlebt, als sie damals Herr Dr. Lohmann glaubte bannen zu müssen! Was nun ferner die eigentliche Kriegspolitik der Nationalliberalen anlangt, so wird man gewiß gern zugestehen, daß sie patriotisch war. Aber ein richtiges Urteil über die uns zur Verfügung stehenden Kräfte, besonders wieviel unsere moralischen Kräfte noch auszuhalten vermochten, hat sie nicht gehabt. Diese so recht eigentlich staatsmännische Gabe, die die Deutsche Volkspartei mit Recht sowohl an den Vertretern der alten Regierung wie an den Führern der Revolution vermißt, die hat Herr Dr. Stresemann bis jetzt auch nicht bewiesen, der früher der Führer der Nationalliberalen war, und den die Volkspartei jetzt wieder auf den Schild erhoben hat. Herr Dr. Stresemann hat auf dem Jenaer Parteitag eine wirklich glänzende Programmrede gehalten. Doch braucht der glänzende Redner noch kein Staatsmann zu sein, wie unter anderm Scheidemann beweist. Staatsmännische Fähigkeiten hat Herr Stresemann erst noch kundzutun. Nur wenn er sie besitzt, hat die Deutsche Volkspartei Aussicht, unter seiner Führung eine große Partei zu werden. Herr Stresemann gab in Jena seiner Bewunderung für Clemenceau Ausdruck. So wie der französische Ministerpräsident mit rücksichtsloser Faust alle Defaitisten niedergehalten, und wie er, als die deutschen Kanonen gegen Paris donnerten und die französisch-englische Front bei Amiens wankte, mit eiserner Stirn in der französischen Kammer gesagt habe, es stehe alles gut, so hätte auch der deutsche Politiker noch vierundzwanzig Stunden vor dem Zusammenbruch behaupten müssen, der Sieg sei sicher. Aber Stresemann irrt, wenn er glaubt, der deutsche Politiker sei in derselben Lage gewesen, wie Clemenceau. Dieser wußte, daß die amerikanischen Reserven nahe waren. Er wußte, daß seine Suggestion nur über einen schwierigen Augenblick hinwegzuhelfen brauchte. Das deutsche Volk aber hatte keine fremde Hilfe zu erwarten, es hätte die Kräfte zum weiteren Widerstande ganz aus sich allein nehmen müssen. Solche Kräfte aber erzeugt man nicht durch Suggestion und eiserne Stirn, sondern allein durch die sittliche Macht der Wahrheit. Im Sommer 1918 war der Augenblick da, wo alle gefärbten Berichte über unsere Lage endgültig aufhörten, staatsmännisch zu sein, wo man dem Volke den Abgrund hätte zeigen müssen, vor dem es stand, im festen Vertrauen darauf, daß die Wahrheit allein unsere Kraft noch einmal stählen konnte, wenn das Volk wirklich noch sittliche Qualitäten besaß. Dergleichen hat Herr Stresemann auf der Tribüne des Reichstags nicht gesagt, und in der Lage Clemenceaus, wie er anscheinend glaubte, war der deutsche Politiker nicht.

Stresemann hat in Jena versucht, die unmittelbare Schuld am Zusammenbruch in erster Linie der unverzeihlichen Schwäche des Prinzen Max von Baden aufzubürden. Ich glaube aber nicht, daß die Geschichte einkt, wenn sie Schuldige im fürstlichen Purpur suchen sollte, gerade diesen Erben der Zähringer Krone allein verantwortlich machen wird, weil er als letzter Reichskanzler an der formell verantwortlichen Stelle stand. Die Verantwortung verteilt sich auf viel zahlreichere Schultern. Auch der Nationalliberalismus hat sie mit zu tragen. Stresemann sagte in Jena mit Recht, der Liberalismus hätte selbst rechtzeitig die Führung bei

der Durchsetzung der demokratischen Reformen übernehmen müssen. Ein Sturm der Entrüstung im nationalliberalen Bürgertum hätte Herrn Dr. Lohmann seine kurzfristige Politik im preußischen Abgeordnetenhaus unmöglich machen müssen. Diesen Sturm der Entrüstung hat Herr Dr. Stresemann nicht entfacht. Viel hat der Nationalliberalismus versäumt in der politischen Erziehung des Bürgertums und vor allem der gebildeten Jugend. Mit Recht konnte Stresemann unter dem Beifall des Parteitags feststellen, daß vor der Revolution der Arbeiter in der Sozialdemokratie wahrhaftig weit besser politisch geschult gewesen sei, als der bürgerliche Akademiker. Man kann die Deutsche Volkspartei von Herzen dazu beglückwünschen, wenn sie entschlossen ist, auf diesem Gebiete ganz andere Arbeit zu leisten, als vordem die Nationalliberalen. Die Kleinarbeit von Mund zu Mund bringt die besten Erfolge. Es gilt also, jedes einzelne Parteimitglied so zu disziplinieren und mit Kenntnissen auszurüsten, daß es überall zum freiwilligen Propagandisten der Parteisache wird. Diese Schulung ist die Hauptarbeit der Ortsgruppen.

So hätte der Parteitag der Volkspartei meines Erachtens guten Grund gehabt, etwas stärker von der alten nationalliberalen Politik abzurücken, als er es getan hat. Aber man darf eben nicht verkennen, daß die Partei heute noch fast ausschließlich auf den Resten der nationalliberalen Organisation ruht. Noch stehen meistens altnationalliberale Politiker an der Spitze und haben natürlich das begreifliche Bedürfnis, ihre Sache zu rechtfertigen. Dem Tieferblickenden wurde auch auf diesem Parteitag klar, daß die Volkspartei doch jetzt schon weit breitere Kreise umfaßt als die Reste der alten Nationalliberalen. Mit dem Ausbau der neuen Parteiorganisation werden sie immer stärker zur Geltung kommen. Auch der großen Programmrede Stresemanns muß man nachrühmen, daß sie nicht lediglich rückwärts schaute, sondern auch neue Bahnen zu weisen verstand.

Was die Frage der Staatsform anlangt, so gibt die Deutsche Volkspartei zweifellos der Monarchie vor der Republik den Vorzug. Professor Kahl sprach das Wort von der „Partei der Kaiserstreuen“ und meinte damit, daß man entschlossen sei, sich zu den großen Überlieferungen des Kaiserlichen Deutschland zu bekennen. Dr. Stresemann rechtfertigte die Monarchie aus historischen Gründen und um der Sozialpolitik willen. Kein republikanischer Präsident wird die Möglichkeit haben, so unparteiisch über den Klassen und Wirtschaftsverbänden zu stehen, wie das ein Monarch kann, wenn er will. Dazu kommen nun alle die Gefühlsgründe, die dem deutschen Volke bisher die Monarchie teuer gemacht haben. Trotzdem sprach sich Stresemann für die Republik aus. Die Wiedereinführung der Monarchie würde nur durch neuen Umsturz möglich sein, meinte er, und dieser müßte auf alle Fälle vermieden werden. Diese Begründung des Republikanertums mutet freilich etwas schwächlich an. Eine starke Partei muß rücksichtslos sagen, welche Staatsform sie für die richtige hält. Auf gewaltsamen Umsturz braucht sie deswegen nicht hinzuarbeiten. Sie wird glauben, daß ihre Zeit reif werden wird. Die Volkspartei sollte also dieses Argument für die Republik lieber zu Hause lassen. Imponieren wird sie damit niemandem. Ganz anderes Gewicht hat das zweite: Großdeutschland, die Vereinigung mit unsern österreichischen Brüdern ist, wie die Geschichte gezeigt hat, nur unter republikanischer Staatsform möglich. Jede Wiederherstellung der deutschen Monarchien müßte auch die Rivalität zwischen Hohenzollern und Habsburg wieder herstellen. Gerade die nationalistischen Kreise in Österreich wünschen die Wiederkehr der Monarchie nicht, weil sie die dynastische Politik der Habsburger, die das deutsche Volk verraten hat, nicht wiederhaben wollen. Auch vom reichsdeutschen Standpunkte darf man hinzufügen, daß es ein Segen ist, wenn die Republik endlich mit der Kleinstaaterei aufräumt, was unter den Dynastien nie möglich gewesen wäre.

Am allererfreulichsten ist es, daß man von dem Parteitag den Eindruck mitnehmen konnte, daß die Deutsche Volkspartei nicht lediglich eine Schutztruppe der Schloßbarone und Kapitalisten sein will. Alles Manchestertum hat Stresemann mit klaren Worten abgelehnt. Man müsse die Individual- und Staatswirtschaft

in gesunder Weise mischen. Gegenwärtig, wo wir so notwendig die Initiative des Unternehmers brauchen, führe der Staatsbetrieb nicht aus dem Zusammenbruch heraus. Der Staat solle froh sein, wenn er im Arbeitskampfe jetzt nicht Partei zu sein brauche, sondern Schiedsrichter sein könne. Das Reich soll zum Mitbesitzer an allen Unternehmungen gemacht werden. Der bolschewistische Gedanke der Räte könne für unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik fruchtbar gemacht werden. In der Tat hat man ja auch auf konservativer Seite bereits entdeckt, daß der Gedanke der Räte alte konservative ständische Prinzipien wieder erneuert. Aus den Räten, meinte Stresemann, könne leicht ein Wirtschafts- und Sozialparlament aufgebaut werden, das die politischen Parteien von der Tyrannei der Interessengruppen ein gut Stück befreie und dem gesetzgebenden politischen Parlament entscheidende Vorarbeit leisten könne. Und der Abgeordnete Dr. Heinze fügte hinzu: man dürfe sich vor dem Rätegedanken nicht deswegen bekreuzigen, weil er von den Bolschewisten stamme, sondern man müsse das Brauchbare nehmen, woher es auch komme. Das ist ein Grundsatz, den die Volkspartei unserem doktrinären gebildeten Bürgertum nur ja recht einschärfen soll! Ein Debatteredner trat sogar für die Übertragung der politischen Macht an ein aus Räten zusammengesetztes ständisches Parlament ein. Er blieb mit dieser Meinung vereinzelt. Aber man merkt, wie der ständische Gedanke von rechts her wieder das Haupt erhebt, sobald, wie wir es jetzt erleben, die parlamentarische Demokratie von links her leidenschaftlich angefochten wird.

Nach alledem hat die Deutsche Volkspartei sehr wohl das Zeug dazu, dahin zu wirken, daß der bürgerliche Liberalismus nicht bei reaktionären kapitalistischen Anschauungen stehen bleibt, sondern daß sie ihm ein neues Programm schafft, das Werkkraft für die Zukunft hat. Es gilt aus dem kapitalistischen Zeitalter zu retten das Gute, was es getracht hat, vor allem die Initiative des Unternehmers und die Energie der Produktion. Bald werden die weitesten Volkstreife nach einer Partei rufen, die gewillt ist, dem sozialdemokratischen Ansturm auf diese Güter entgegenzutreten. Es gilt aber weiter auch, die Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen, Formen zu finden, in denen das werktätige Volk ein Mitbestimmungsrecht über die Ausnutzung des deutschen Bodens und seiner Schätze wie über die Erzeugnisse der industriellen Verarbeitung bekommt. Hier muß die Volkspartei sozialistischen Gedanken weiten Raum geben. Wahrscheinlich werden in den nächsten Jahren Hunderttausende oder Millionen Hände in der industriellen Produktion überflüssig werden, weil uns die Rohstoffzufuhr stark beschnitten bleiben wird. Wenn diese Millionen nicht zur Auswanderung getrieben werden sollen, müssen sie auf dem Lande untergebracht werden. Der Jenaer Parteitag hat sich in richtiger Erkenntnis, daß schnelles Eingreifen hier nottut, für energische Siedlungspolitik und Bodenreform erklärt.

Leider ist die Aussicht äußerst gering, daß es gelingen wird, wirkliche Massen aus den überfüllten Städten hinaus aufs Land zu bringen. Die Massen haben keine Lust; die sittlichen Voraussetzungen für die Freude am häuerlichen Dasein, das auf die Genüsse der Großstadt verzichten muß, fehlen ihnen. Aber wenn auch jetzt von den Erwachsenen Hunderttausende ins Ausland abwanderten, so könnte man doch wenigstens die heranwachsende Generation zu einer erneuerten Sittlichkeit zu erziehen suchen. Das wird freilich nur möglich sein bei einer gleichzeitigen Erneuerung der religiösen Weltanschauung in den städtischen Massen, und diese wieder ist solange unmöglich, als nicht die Gebildeten sich entschließen, die religiöse Bedeutung ihres eigenen Verhältnisses zur Kirche viel ernster zu nehmen. Die kirchliche Autorität bei den Massen muß versagen, wenn die Gebildeten sie für sich nicht gelten lassen. Wie will man aber ohne religiöse und sittliche Autorität die Massen erziehen! Das Kulturprogramm der Deutschen Volkspartei ist schön und gut. Aber wenn man die verhältnismäßig gleichgültige Zustimmung, die diese Programmpunkte fanden, mit dem stürmischen Beifall vergleicht, der sonstigen Kraftstellen der Redner zuteil wurde, dann muß man fürchten, daß der materialistische Geist der Zeit auch in der Volkspartei noch

manchmal sein Wesen treiben wird. In diesem Geiste wird sich aber die erhoffte Erneuerung Deutschlands nicht vollziehen können. Die Deutsche Volkspartei sollte christlich-soziale Gedanken in ihr Programm aufnehmen. Ein Aufsatz der „Deutschen Stimmen“ (1919 Nr. 12) aus den Kreisen badischer Parteifreunde, der ein Weltanschauungs- und Grundsatiprogramm für die Volkspartei verlangt, weist der Partei die Vertretung der liberalen Prinzipien zu, trennt aber von diesen ausdrücklich die christlichen ab. Ich würde vielmehr der Meinung sein, daß das Programm die liberalen mit den christlich-sozialen Grundsätzen verbinden müßte. Liberalismus und Christentum teilen gegenüber der Lehre von der Omnipotenz des objektiven Geistes, wie sie der extreme Nationalismus und Sozialismus gemein haben, die Überzeugung, daß die Persönlichkeit und die Menschenseele mehr wert sind als alle Kollektiva des sozialen Lebens. Der Liberalismus sollte sich nur vom christlichen Geiste seine kapitalistische Selbstsucht und seine individualistische Kälte kurieren lassen.



Geistige Typen

Von Dr. Julius Schulz



In seinem reichen und feinen Buche „Persönlichkeit und Weltanschauung“¹⁾ stellt Richard Müller-Freienfels zwei Gemälde nebeneinander: Willels Sämann und dessen Nachbildung von Van Gogh: eine Nachbildung bis in die letzte Einzelheit; und dennoch in jeder Linie verschieden vom Urbild! „Die stillen, unbewegten Farbflächen, durch die Willel den Acker wiedergibt, werden bei Van Gogh zu einer in flackernder Unruhe schräg hinlobernden Flucht. Der Himmel wird zum unruhigen Tanz von Strichen um das Haupt des schreitenden Mannes. Der Körnersack, bei Willel wenig gegliedert, löst sich in durcheinanderquirlende Linien. Alles bis zu den Umrissen des Hutes und der Kleidung wird Bewegung, Unruhe, Hast“. Das Auge dreht sich, die Nase verzieht sich, der Mund krampft sich, der Arm wirbelt, die Finger krallen sich, die Beine werden leicht.

Zwei Denker haben dieselbe Erscheinung vor sich: das Wunder des Lebendigen. Was erklärt das tiefste Rätsel der Körperwelt? Ein besonderer Bauplan im kleinsten, antwortet der eine; jedes winzigste Teilchen der organischen Substanz ist ein künstliches Maschinchen; aus dem naturgesetzlichen Zusammenspiel der vielen Dauerarchitekturen ergeben sich die Lebensphänomene als Zusammenfassungen unsagbar vieler mechanischer Elemente. — Nein!, so antwortet der andere. Vielmehr arbeitet eine eigenartige Macht auf einen formlosen Stoff los; nicht auf den Bau kommt es an: in der Aktivität steckt das Geheimnis! Nicht das Sein einer Gestalt, sondern das Wirken einer Kraft erzeugt die lebendigen Prozesse. Nicht Maschinentheorie, sondern Vitalismus!

Wer von beiden hat recht? Die Tatsachen lassen sich mit beiden Ansichten gleich wohl vereinigen. Die innerste Neigung hat entschieden. Der Vitalist ist wie sein malerischer Bruder Van Gogh „dynamisch“, der Mechanist „statisch“ beanlagt. „Es handelt sich bei diesem Gegensatz um den Grad der Bewegtheit des Erlebens. Manchen Menschen erscheinen alle Wahrnehmungen als ruhend, ihre Vorstellungen fügen sich zu festen Bildern, ihr Denken läßt sie die Welt als

¹⁾ Leipzig, Teubner 1919, XII. u. 274 S., geb. 6 M., geb. 7,50 M. nebst Teuerungszuschlag.